

// Im Blickpunkt

Nach der am 8.6.2009 veröffentlichten Stimmrechtsmitteilung hat der staatliche Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) seinen Anteil an der Hypo Real Estate (HRE) zu diesem Tag auf 90 Prozent erhöht und die komplette Übernahme der Bank beantragt. Dass das eine Verstaatlichung der HRE erst ermöglichende Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (FMStErgG) weitaus mehr enthält als nur diese Enteignungsoption, zeigen *Brück/Schalast/Schanz* auf. Sie analysieren die Entstehungsgeschichte des am 7.4.2009 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Gesetzes und geben einen Überblick über die neuen Bestimmungen im Kapitalmarktrecht und zur Enteignung mit ersten Hinweisen für die Praxis.



Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

Entscheidungen**EuGH: Prüfung der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel durch nationale Gerichte von Amts wegen**

Mit Urteil des EuGH vom 4.6.2009 – Rs. C-243/08 – hat der EuGH entschieden: Die Aufgabe des nationalen Gerichts im Bereich des Verbraucherschutzes ist nicht auf die bloße Befugnis beschränkt, über die etwaige Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel zu entscheiden, sondern umfasst außerdem die Verpflichtung, diese Frage von Amts wegen zu prüfen, sobald es über die hierzu erforderlichen rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen verfügt. Ist es der Auffassung, dass eine solche Klausel missbräuchlich ist, so lässt es sie unangewendet, sofern der Verbraucher dem nicht widerspricht. Diese Verpflichtung obliegt dem nationalen Gericht auch bei der Prüfung seiner eigenen örtlichen Zuständigkeit.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1305-1 unter www.betriebs-berater.de

EuGH: Begründung eines abgestimmten Verhaltens durch ein einziges Treffen zwischen Unternehmen

Der EuGH hat mit Urteil vom 4.6.2009 – Rs. C-8/08 – entschieden: Im Rahmen der Prüfung des Kausalzusammenhangs zwischen der Abstimmung und dem Marktverhalten der an ihr beteiligten Unternehmen muss der nationale Richter die in der Rechtsprechung des Gerichtshofs aufgestellte Kausalitätsvermutung anwenden, nach der diese Unternehmen, wenn sie weiterhin auf dem Markt tätig sind, die mit ihren Wettbewerbern ausgetauschten Informationen berücksichtigen. Sofern das an der Abstimmung beteiligte Unternehmen auf dem betroffenen Markt tätig bleibt, gilt die Vermutung des Kausalzusammenhangs zwischen der Abstimmung und dem Verhalten des Unternehmens auf diesem Markt auch dann, wenn die Abstimmung auf einem einzigen Treffen der betroffenen Unternehmen beruht.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1305-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Kein Verbot von Vorstandsdoublemandaten nach geltendem Aktienrecht

Mit Urteil vom 9.3.2009 – II ZR 170/07 – hat der BGH entschieden: So genannte Vorstandsdoublemandate sind nach geltendem Aktienrecht nicht verboten; ihre Zulässigkeit hängt allein von der Zustimmung der Aufsichtsräte beider Gesellschaften zu der Doppeltätigkeit ab (§§ 84 Abs. 1, 88 Abs. 1 AktG). Der Minderheitskommanditist einer AG & Co. KG hat kein aus dem Wettbewerbsverbot des § 112 Abs. 1 HGB ableitbares Mitwirkungsrecht in Form eines Zustimmungsvorbehalts („Vetorecht“) bei der Besetzung der Vorstände der Komplementär-AG und der Mehrheitskommanditistin (AG) mit Doublemandatsträgern. Auch in dieser Konstellation fallen die Bestellung derartiger Vorstände und deren Befreiung von einem Wettbewerbsverbot in die alleinige Zuständigkeit der Aufsichtsräte der beteiligten Aktiengesellschaften.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1305-3 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Rückabwicklung einer verdeckten (gemischten) Sacheinlage

Der BGH hat mit Urteil vom 11.5.2009 – II ZR 137/08 – entschieden: Bei der Rückabwicklung einer verdeckten (gemischten) Sacheinlage im Aktienrecht ist in die Saldierung der beiderseitigen Bereicherungsansprüche (vgl. dazu BGHZ 173, 145 – Lurgi I) auch der Bereicherungsanspruch des Inferenten wegen unwirksamer Bar-einlageleistung einzubeziehen (Abweichung vom Senatsurteil vom 16.3.1998 – II ZR 303/96, ZIP 1998, 780, 783 zu III).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1305-4 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Zur Preisangabe beim Angebot eines Prepaid-Handys mit „XtraCard“

Mit Urteil vom 5.11.2008 – I ZR 55/06 – hat der BGH entschieden: Wird der Verkauf eines Mobiltelefons zusammen mit einer Prepaid-Card einschließlich eines festen Startguthabens bewor-

ben, so besteht keine Verpflichtung, außer dem Paketpreis für Mobiltelefon und Prepaid-Card auch die Tarife für die Nutzung der Card anzugeben. Ist das Mobiltelefon mit einem SIM-Lock verriegelt, so ist auf die Dauer der Verriegelung und die Kosten einer vorzeitigen Freischaltung hinzuweisen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1305-5 unter www.betriebs-berater.de

Finanzkrise**EU-Kommission: Deutsche Regelung über Kleinbeihilfen genehmigt**

Die EU-Kommission hat der Änderung einer am 30.12.2008 genehmigten deutschen Regelung über Kleinbeihilfen von bis zu 500 000 Euro je Unternehmen zugestimmt. Die Änderung soll bis 2010 flexiblere Risikokapitalinvestitionen ermöglichen. Sie erfolgt in Einklang mit dem Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist befristet und gilt nur für Unternehmen, die am 1.7.2008 noch nicht in Schwierigkeiten waren.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 5.6.2009)

Gesetzgebung**EU-Kommission: Roamingpreise fallen ab 1.7.2009**

Nach Zustimmung des Europaparlaments gaben nun auch die 27 EU-Mitgliedsländer grünes Licht zu den neuen EU-Roamingvorschriften, die das Telefonieren mit dem Handy im Ausland nochmals billiger machen. Europäische Verbraucher können daher noch vor ihrem Sommerurlaub mit niedrigeren Roamingpreisen um bis zu 60 Prozent rechnen. Ab 1.7.2009 wird der SMS-Versand im EU-Ausland garantiert nicht mehr als 0,11 Euro kosten. Mobilfunkbetreiber müssen Roaminganrufe nach 30 Sekunden sekundengenau abrechnen, was die Handyrechnungen um bis zu 24 Prozent senken dürfte.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 8.6.2009)